

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1878

Journal Nr. 28

Veröffentlichungstag: Samstag, den 25. August 1923

Bezeichnet an jedem Blatt...
Verlagspreis...
Herausgeber...
Redaktion...

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk...
Telegraphische Adressen...
Verlagsort: Stuttgart 6118

Nr. 198

Samstag, den 25. August 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

In Berlin wird berichtet, Reichkanzler Stresemann werde zu einer Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling nach Rittenuwald (Oberbayern) abreißen.
Die kürzlichste Nationalversammlung in Zugora hat den Friedensvertrag von Compiègne mit knapper Mehrheit (250 gegen 235 Stimmen) angenommen.
Die Räumung von Konstantinopel und Tiflis durch die deutsche Truppen der Verbündeten hat am 24. August begonnen.

Politische Wochenschau

Vor einigen Tagen hat ein Schweizer, der in Berlin lebt, in der „Neuen Züricher Zeitung“ die Bilanz des Kabinetts Cuno gezogen und nach der „geschichtlichen Schuld des ehrbaren Kaufmanns“ vor dem Hauptbuch Deutschlands aufgestellt. Er fand sie darin, daß guter Wille allein in der Welt nicht entscheidet und daß Dr. Cuno nicht die Kraft habe, sein Glück im Unglück zu gebrauchen, einen Vorteil auszunutzen, um ihn jeder in Deutschland benützen dürfte.
Das Verhängnis der Ruhrbesetzung erfaßte das deutsche Volkensgefühl wie seit Jahren nicht, wie im August 1914. In diesem Feuer mußte der Schmelz das Eisen des Widerstands schmelzen durch machtlosen Anruf und mit starker Hand, der sich im Drang der Gefahr das deutsche Volk nicht hätte entziehen können.“ Das Kabinett der Wirtschaft, meint der Schweizer, wurde befristet begünstigt, aber es führte den Kampf an Rhein und Ruhr, der es unvorstellbar traf und dem es passiv, verführt durch den positiven Widerstand der Bewohner der besetzten Gebiete, auf der Kommandostraße des Reichs gegenüberstand, mit Papiernoten statt mit Steuern, bis die erregten Wogen ihm das Rudel aus der Hand schlugen und mit dem Zusammenbruch der Mark die Marneschlacht des Ruhrkriegs verloren war.

Es weiß ich es nun allerdings noch nicht, die Schuld an der Ruhr ist trotz des verdrücklichen Wieders der Feinde noch nicht verloren und auch die Marneschlacht land eine ergebnislose Fortsetzung in dem harmlosen Stellungsgelenk. Aber im allgemeinen hat der Schweizer richtig gesehen. Die Politik und der Krieg mit den Bananen sind unauflöslich verbunden, diese untrennbare Waffe haben uns die Franzosen und Belgier teils unmittelbar durch den Raub oder die „Reichsanleihe“, wie sie es nennen, von mittlerweile etwa 700 Milliarden Reichsbanknoten, teils durch den außenpolitischen Druck und die Herabsetzung der im Ruhrgebiet, dem Herz der deutschen Industrie, aus der Hand genommen. Die Flut von Papiergeld, die heute wohl 70 000 Milliarden überschritten haben dürfte, mußte zur Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und zu der trostlosen Finanzlage des Reichs führen, für die nicht so fernschießend ist, als daß in den letzten Wochen nur einige Prozent der Reichsausgaben durch Steuereinnahmen ausgedeckt waren: fast alles überließ man in unglücklicher Selbsttäuschung der Notpresse. Die schon erwähnte Reichsanleihe, die beim Beginn der Ruhrbesetzung (11. Januar) etwa 4 Milliarden Mark betragen sollte, war am 10. August 1923 auf über 117 25 Milliarden eskaliert und hatte sich in den ersten zehn Tagen des August (31. Juli 57,8 Milliarden) mehr als verdoppelt. Heute dürfte sie die Höhe von mindestens 130 Milliarden oder mehr erreicht haben.

Die Verhältnisse und Fehler der letzten Monate und Jahre sollen nun durch einen raschen, tiefen Griff noch geholt werden. Das neue Kabinett Stresemann wird die noch von der Regierung Cuno vom Reichstag angenommen neuen, gewaltigen Steuern durch ein Wirtschaftss- und Finanzprogramm ergänzen, das nach Verständnis mit den Parteiführern in einigen Kabinettsitzungen aufgestellt und sofort dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden ist, um auf dem Weg der Notverordnung als bald in Kraft gesetzt zu werden. Die Verordnung hebt auf viererlei ab: auf eine Verbilligung der Produktion und eine Milderung der bisherigen Währungs- und Finanzpolitik.

Die Produktionskosten in Deutschland haben den Stand auf dem Weltmarkt teils erreicht, teils schon ganz bedeutend überschritten. Deutschland ist in seiner heutigen Lage mehr als je darauf angewiesen, auf dem Weltmarkt als Verkäufer aufzutreten, damit es die Zahlungsmittel zum Einkauf der fehlenden Nahrungsmittel und der Rohstoffe für die Industrie, sowie auch zur Bekämpfung der ihm auferlegten Kriegszinsen erwirken kann. Die Wettbewerbsfähigkeit ist dabei aber nur dann zu erreichen, wenn die Produktion so hoch oder gar noch höher kommt, als die ausländische; im letzteren Fall wird sofort umgekehrt die ausländische Ware sich auch noch des einheimischen deutschen Marktes bemächtigen. Die Folge in einem wie im andern Fall wird eine wachsende Wirtschaftskrise sein, die wir auch tatsächlich bereits tief mitbekommen. Es ist die Schuld der hyponotischen Vermögensverhältnisse, wenn die Gehalts- und Lohnempfänger immer leiser nach wertbeständiger Entlohnung rufen. Aber aus den wertbeständigen Löhnen die wirtschaftlich notwendig waren, wurden unter politischen und parteipolitischen Ein-

Die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches und der Reichskanzler Stresemann

An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe auf kräftigste zu unterstützen. Sie soll uns eins der Mittel sein, um die Geldinflation zurückzudämmen, die Verhältnisse geschaffen hat, unter denen weite Volksschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigen Subsistenzmittel verfügen. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen.“ Rede in der Sitzung des Reichstags am 14. August 1923.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Besprecht angegebenen Stellen sowie bei den durch Vermittlung sämtlicher Banken, Postämter, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden. Zeichnungspreis 100%, bei Einzahlung von Devisen und Dollarschillingen 95%. Das kleinste Stück lautet auf den Gegenwert von 1 Dollar.

Ruh in kurzem Goldbörsen und Ueberrückbörsen, und das Unternehmertum in Stadt und Land, das ohnehin die Last der neuen Wirtschafts- und Finanzreform und die neuen Steuern fast ganz zu tragen hat — besonders hart wirkt die neue Betriebssteuer —, steht sich nun außerstande, weiterzumachen. Beschränkung oder gar Einstellung der Betriebe, Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Es wäre töricht, dies als „Unternehmerkriese“ anzuprangern; der Bogen ist allmählich überspannt worden. Darum hat sich der kaiserliche Wirtschaftminister Kellrich, ein Sozialdemokrat, veranlaßt gesehen, die Gewerkschaften zu warnen, die Lohnpolitik nicht aufs äußerste zu treiben, den Schaden würde in letzter Linie die Arbeiterschaft selbst haben.

Ein Beispiel. Am 8. August wurde auf Grund einer Lohn- und Preisverordnung der Kohlenpreise vorangetragen. Die wichtigste Kohle, aus dem Ruhrgebiet, stellte sich darnach auf 23 267 000 Mark die Tonne zu 20 Juni. Am 17. August wurde rückwirkend bis 13. August von einem Sachverständigenrat unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns der wertbeständige Vergarbeiterlohn um 210 Prozent erhöht, was ein Zuschlag von 30 Prozent kam als Ausgleich für die inzwischen weiter entwertete Mark, außerdem wurde für die Woche vom 6. bis 13. August eine Nachzahlung von 70 Prozent des ordnungsmäßigen Lohns dieser Woche zugesprochen. Für Vergarbeiter des unbesetzten Gebiets wurde eine Erhöhung des Normallohns um 192,2 Prozent, dazu die 30 Prozent Entwertungsausgleich und 57,2 Prozent Nachzahlung festgesetzt. Dementsprechend wurde dann aber vom Reichsstatistikrat auch der Kohlenpreis um 56-63,3 Prozent erhöht und die Tonne Kohle kostet jetzt ab Heide rund 38 Millionen Mark oder einschließlich durchschnittlich 12 Millionen Frachtkosten 50 Millionen Mark. Eine Tonne gute englische Kohle kommt aber, einschließlich Seetracht Hamburg, nur auf 24 Millionen Mark zu stehen. Bedenkt man, welchen beherrschenden Einfluß die Kohle auf die ganze Wirtschaft hat, und daß sie mit einer Reichsteuer von 30 Prozent des Werts belastet ist, so liegt auf der Hand, daß eine solche Lage den Tod der deutschen Wettbewerbsfähigkeit bedeutet. Es ist nun zwar die Aufhebung der Kohlensteuer beabsichtigt, aber die Steuer bildet eine Haupteinnahme des Reichs; sie hat in der Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 trotz der Ruhrbesetzung 238 Milliarden Mark eingebracht, es ist also wenig wahrscheinlich, daß die Regierung darauf verzichten wird.

Wenn es nun im neuen Programm der Reichsregierung heißt, die deutsche Produktion so zu verbilligen, daß sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt, so kann dies einmal bedeuten heißen, daß die Betriebsführung auf der Höhe und bis ins kleinste hinein so wirtschaftlich gestaltet wird, als es nur denkbar ist, und daß ferner der für die Produktion nötige Lebensunterhalt möglichst billig wird. Zu diesem Zweck sollen Industrie, Handel und Landwirtschaft verpflichtet werden, jährlich 400 bis 500 Millionen Goldmark an Devisen, d. h. ausländischen Zahlungsmitteln, die durch Umsätze mit dem Ausland ins Reich kommen, gegen Vergütung in Papiermark der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen.

ten. Diese Devisen würde die Regierung teils zum Einkauf von Lebensmitteln im Ausland, teils zur Stützung der Marktwährung benötigen.

Mit der Senkung der Lebensmittelpreise ist es aber bei weitem nicht getan. Die Regierung muß sich endlich dazu verstehen, die Staatsverwaltung und die Staatsbetriebe anders einzustellen, ehe sie von der Pariser Entschädigungskommission dazu gezwungen wird. Die Erhöhung der Post- und Eisenbahngebühren um das Doppelte tut's nicht, es muß einmal eine Verringerung in der Personalpolitik möglich sein. Wenn von den vom Reichstag längst bewilligten Steuern im Betrag von schätzungsweise 150 Millionen Mark gleich wieder für die neuesten Erhöhungen der Gehälter und Löhne für die Beamten und Staatsarbeiter 100 Millionen verbrannt werden, so ist dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar. Wenn ferner gewisse Steuern nur noch einen kleinen Teil der Einnahmen decken, so kann man einen solchen Zustand unmittelbar weiter bestehen lassen. Bei der Aufrechterhaltung z. B. schließlich der Zinsen auf 0,8 vom Tausend des Großhandelspreises schweben. Die Reichsregierung will ihr Programm noch einer Zustimmung des Reichskanzlers Stresemann mit der höchsten Mitteln durchfahren; sie glaubt, daß, wenn ihr das Werk nicht gelinge, irgend eine innere oder äußere Macht die gegenwärtige Verfassung über den Haufen werfen und mit Gewalt andere Verhältnisse, vielleicht den Untergang bringen könne. Die Regierung werde daher auch nicht vor der Anwendung diktatorischer Gewalt zurückweichen, um etwaigen Widerstand gegen ihre Reformen zu brechen. Gut. Aber die Diktatur soll dann nicht nur in der Bekämpfung von Geld wirtlich werden, sondern auch in der Ermahnung von Sparsamkeit allenthalben; die Diktatur soll ihr Augenmerk darauf richten, daß Produktion und Verbrauch wieder in das richtige Verhältnis zu einander kommen. Wenn man, wie bisher, mehr verbraucht, als Güter erzeugt werden, so ist dies das Gebaren eines Bankrotteurs. Was hatte es für einen Zweck, die fadenstehende Wirtschaft mit dem Papiergeldmantel zu bedecken — einmal mußte die Wahrheit doch an den Tag kommen und auch dem ungeschicktesten Mensch begreiflich werden. Das ist jetzt geschehen und die Folgen sind da. Wenn dem Zustand nicht mit allen Mitteln gesteuert wird, dann wird es bald so weit sein, daß die Arbeitslosigkeit alles verschlingt und daß auch der schärfste Umgang aus dem Unternehmertum keine Devisen mehr herausholt, denn wo nichts mehr ist, da hat auch der Diktator das Recht verloren.

Die Note Poincarés an die britische Regierung sollte uns eine Warnung sein. Nichts, aber auch gar nichts gibt Poincaré von den alten, ins Wohlwollen getriebenen Forderungen auf, 50 Milliarden Goldmark soll Deutschland von vornherein an die Verbündeten besorgen. Irredem die Franzosen und Belgier an Rhein und Ruhr Milliarden über Milliarden Goldmarkversteuern erzwungen und zerschlagen haben. Das Deutschland über die 50 Milliarden hinaus noch bezahlen soll, das würde ihnen abhängig gemacht, ob England und die vereinigten Staaten auf ihre Goldreserven bei den verbündeten Schuldaren verzichten. Das wird nicht der Fall sein, wie erst wieder in London und Washington erklärt wurde. Poincaré weiß dies auch ganz wohl, er schiebt die Frage auch nur immer wieder vor, um die Raubtiernatur hinter dem Schein blöderer Friedlichkeit zu verbergen. Poincaré will keinen Frieden, er will kaum Entschädigung, so laut er immer davon spricht; er will vielmehr, daß Deutschland dauernd in den Fesseln einer verbotenen und unterdrückten Schuld sei, die es niemals abtragen kann. Damit Frankreich im Verein mit dem feindlichen Belgien sich im Ruhrgebiet häuslich niederlassen und je nach Gefallen, oder wenn die innere politische Lage Frankreichs es geraten erscheinen läßt, sollte, jederzeit eine beliebige andere „Sanktion“ oder Gebietsabgabe im Deutschen Reich ausführen kann, beispielsweise „am Rhein wachen“ und „Baptin“. Den Ruhrreichtümern können wir abnehmen oder ihn durch Standhaftigkeit positiven Widerstand den Franzosen und Belgieren mit der Zeit doch zu verstehen, daß sie selber daran genug haben, wie es bei Belgien ja schon der Fall ist; Frankreich hat den unter seiner Frankfurterverteilung stehenden Raubgeiern doch schon nur durch ein 400 Millionen-Darlehen zum weiteren Blühen erhalten können. Aber gegen die in der Note an England von neuem festgelegte „Entschädigungspolitik“ Poincarés sind wir vorläufig machtlos und werden es bleiben, wenn wir nicht aus eigenem Willen und eigener Kraft, sei es mit oder ohne Diktator, zu einer gesunden Wirtschaftsgrundlage zurück kehren.

Neue Nachrichten

Der Reichskanzler mahnt zur Einigkeit

Berlin, 24. August. Reichskanzler Stresemann stellte sich gestern dem Reichstag in einer Sitzung vor. In einer Ansprache erwähnte er, daß davon gesprochen werde, die neue Reichsregierung habe das Bestreben, die Macht im Reich ganz in ihre Hand zu bringen zum Nachteil der Bundesstaaten. Er verweise auf seine erste Regierungs-erklärung im Reichstag, das Eigenleben der Staaten entfere der Eigenart des deutschen Volkes, es müsse sich aber

In das Große des ganzen Reichs einpassen. Nach dem Reichsminister des Innern (Zollmann) sei von dieser Absicht nichts bekannt. In diesen ereignisreichen Wochen komme es darauf an, daß noch außen hin das ganze Reich eine Einheit bilde zur Abwehr der Schwierigkeiten, damit von Reich und Staaten eine Welle ausgehe auf das ganze Volk, in derselben Einheit zusammenzustehen.

Hilferding über die Finanzlage

Berlin, 24. August. Im Hauptausschuß des Reichstags sprach Reichsfinanzminister Hilferding über die finanzielle Lage des Reichs, die fast als verzweifelt angesehen werden müsse. Die Erregung habe sich sozial in außerordentlich starken Lohn erhöhungen ausgewirkt, die in vielen wichtigen Gewerben sogar über den Vorkriegsstand hinausgegangen seien. Auch viele Rohstoffe und gewisse Lebensmittel seien auf Weltmarkthöhe gestiegen, so daß Weltbedarf, daß die Ausfuhr stode und eine allgemeine Wirtschaftskrise eintrete. Die neue Regierung habe gleich zu Lohn- und Gehaltserhöhungen der Beamten und Staatsarbeiter Kreiten müssen. Man sei jetzt in einen Zustand geraten, daß die gesamten Verwaltungskosten, auch der Einzelstaaten und Gemeinden, vom Reich getragen werden müssen. Man sei weiter dahin gekommen, auch die Löhne der Privatindustrie oder einen Teil derselben auf das Reich zu übernehmen, zum Teil auch die Gehälter aller gemeinnützigen Anstalten, Fürsorgeanstalten usw., kurz die Ausgaben des Reichs seien unübersehbar geworden. Auch die Währung sei in Auflösung geraten. Die plötzliche Einführung des Einheitslozes und dessen plötzliche Beseitigung habe ein Hinausschnellen des Dollarkurses und eine Notknappheit verursacht, die einen allgemeinen Schrecken hervorrief. Die Mark wurde vielfach nicht mehr als Zahlungsmittel angenommen. Eine starke soziale Währung entstand. Notgeld wurde nach Billionen ohne Genehmigung der Reichsbank ausgegeben. Im unbesetzten Gebiet muß es möglichst rasch wieder beseitigt werden. Durch Steuern lassen sich die ganzen Ausgaben des Reichs noch nicht decken. Aus sozialen und finanziellen Gründen könne der Notendruck nicht wie bisher fortgesetzt werden.

Die Reichsfinanzen weisen fünf große Fehlbeitragsquellen auf. Die vorige Regierung habe die Einstellung der Entschädigungs-Sachleistungen vorgenommen, doch sei der finanzielle Erfolg nicht groß, weil mit den Industriellen eine Reihe von Verträgen abgeschlossen worden sei, in die man nicht eingreifen könne. Die Ausführung dieser Verträge dauere fort und belaste das Reich außerordentlich. Außerordentlich sei der Bedarf der Post und Eisenbahn. Der Fehlbeitrag der Eisenbahn, der durch eine falsche Tarifpolitik entstanden sei, indem die Tarife zu spät und ungenügend der Selbstwertung angepaßt wurden, übertriffe den aller übrigen Verwaltung bei weitem. Gewaltige Ausgaben seien ferner dem Reich erwachsen durch die Befolgungsjahrlücke an die Einzelstaaten und die Gemeinden; der Zuschuß, im Quis noch 6 Billionen, werde im August das Vielfache betragen. Endlich müssen für die Ernährungswirtschaft große Beträge bereitgestellt werden.

Trotz der neuen hohen Steuern bleibe noch ein sehr starker Fehlbetrag des Reichs, und an Aufgabe von Steuern (Kohlensteuer) sei nicht zu denken. Die Regierung müsse trachten, den Devisenmarkt zu beherrschen; würde der Dollar weiter steigen, so gäbe es neue Devisenkämpfe. Die wirtschaftspolitischen Bedenken müssen daher jetzt hinter die währungspolitischen Notwendigkeiten zurückgestellt und genügender Vorrat an Devisen der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Für je 10 000 Mark, die auf die erste Rate der Brotverbilligung gezahlt worden sind, soll ein Betrag von einer Mark Gold bis 25. September abgeliefert werden. Wird der Betrag an Devisen nicht abgeliefert, so ist unter Eid zu versichern, daß ein ausreichender Betrag an Devisen nicht vorhanden war. Diese Erklärung soll noch geprüft werden. Die Verletzung der eidesstattlichen Versicherung soll mit Zuchthaus und Einziehung des Vermögens bestraft werden. Eine grundsätzliche und schleunige Änderung der Reichsbankpolitik sei notwendig.

Silberlegung

Berlin, 24. August. Der von der preussischen Regierung aufgelöste radikal-kommunistische Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte hat nach der „Jenaeer Neuen Zeitung“ seinen Sitz nach Thüringen verlegt.

Die Zeitungsnot

Berlin, 24. August. Bis 20. August haben 113 deutsche Zeitungen und Zeitungen bei der Zeitungsstelle des Reichspostamts angezeigt, daß sie ab 1. September nicht mehr erscheinen können. Das Zeitungssterben geht also wieder ein. Im Kreis Wesel sind die Buchdrucker in den Streik getreten, weil die Zeitungsverleger den Wochenlohn von 41 Millionen Mark nicht bezahlen können. Die Zeitungen erscheinen nicht mehr.

Kalte Schiller in London — die Tür ist noch verschlossen

London, 24. August. Reuters und der diplomatische Berichtshalter der „Daily News“ melden, in den nächsten 14 Tagen sei kein Schritt der britischen Regierung in der Entschädigungsfrage zu erwarten, wenn nicht eine unerwartete Entwicklung der Lage eintrete. Inzwischen werde die Prüfung der Note Poincarés fortgesetzt. Wahrscheinlich werde Erminister Baldwin, der morgen zu einem 14tägigen Erholungsurlaub nach Virey-lez-Vains (Südfrankreich) abreise, auf der Rückreise mit Poincaré zusammentreffen. Es sei möglich, daß eine persönliche Unterredung die Tür öffne, die jetzt noch verschlossen sei. Es sei nicht anzunehmen, daß England von sich aus wieder einen Mahf geben werde, damit in der Entschädigungsfrage etwas gechehe, dagegen sei es fast sicher, daß von neutraler Seite in der bevorstehenden Völkerbundversammlung eine Anregung erfolge, die ein Eingreifen Baldwins erforderlich machen würde.

Die böhmischen Stäbcheln Poincarés gegen gewisse britische Regierungsmänner haben in London über vermehrt worden zu sein.

Die Wirkung der Note Poincarés in England

London, 24. August. In diplomatischen Kreisen verlautet, obgleich die böhmischen Stäbcheln in der Note Poincarés in England verlegt haben, habe er doch erreicht, daß England den Gedanken eines Sondervergehens in der Entschädigungsfrage aufgegeben hat. Baldwin wird voraussichtlich bald nach Frankreich abreisen und die Verständigungsverhandlungen mündlich fortsetzen.

Moroccanischer Mörderfall

Paris, 24. August. Havas meldet, 200 Eingedorene, die ihre Waffen verstedt trugen, seien in Tetuan (Marokko) eingedrungen und haben plötzlich auf die (spanischen) Bewohner geschossen. 10 Personen sollen getötet, 34 verwundet worden sein. Der Vorfall habe in der Stadt Entsetzen hervorgerufen.

In Molaga weigerten sich Infantentisten, sich nach Melilla einschiffen zu lassen. Sie erschossen einen Offizier. Es wurden strenge Maßregeln gegen die Meuterer ergoffen.

Stresemann an Poincaré

Berlin, 24. August. In seiner Rede bei dem deutschen Industrie- und Handelstag knüpfte Reichkanzler Dr. Stresemann an seine letzte Rede als Abgeordneter an, daß die Sanierung Deutschlands auch durch seine außenpolitische Tätigkeit bedingt sei. Deutschland habe den Verfall seiner Währung nicht herbeigeführt. Der Staatsmann, der dergleichen absichtlich herbeiführen wollte, würde einer der größten Verbrecher der Weltgeschichte sein.

Die Reichsregierung scheue vor scharfen Eingriffen in die Vermögensubstanz nicht zurück. Er hoffe und vertraue, daß die deutsche Industrie die Notwendigkeit aus eigener Überzeugung werde verwirklichen lassen. Poincaré habe nur praktische Lösungen als sein Ziel bezeichnet und positive Pfänder verlangt. Diese liegen in den deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft und den Böllen. Grundtätlich sei eine Beanspruchung der deutschen Wirtschaft anzuerkennen. Die Demtschelt Cuno's vom 7. Juni habe es getan. Aber dieses Angebot habe bedauerlicherweise noch keine Antwort erhalten. Auch die heutige Regierung stehe auf dem Boden dieser Demtschelt, deren grundsätzliche Entschädigung die äußerste Konfiskation des deutschen Vorbesitzes, über das hinaus, was Zwang erzwingt, gerade von französischer Seite sei auf die Bedeutung der Wirtschaft hingewiesen worden. Daß aber der Reichstag Deutschlands nicht zerbröckle, daß seine Wirtschaft und Steuerkraft unberührt sei, hierin liege eine Überhöhung der deutschen Wirtschaftskraft.

Für die Freiheit des deutschen Bodens, die deutsche Souveränität, die Konsolidierung unserer Verhältnisse sei kein Opfer zu groß. Einen Teil Deutschlands aber als produktives Pfand für die Durchführung der Entschädigungen anzubieten, gehe nicht an. Wenn die Franzosen aufrichtig mit wirtschaftliche Pfänder verstanden, so könnte nur eine Verständigung zu finden sein. Dieser Weg dürfe aber niemals über eine Abtrennung von Rhein und Ruhr vom Deutschen Reich gehen. Poincaré hat Eröberungsabsichten abgelehnt und auch bestritten, daß die Franzosen politische Ziele verfolgten. Mit dieser Erklärung sind aber die vorgeschlagenen Lösungen nicht vereinbar. Das Ende für Deutschland sei entweder Wohlfahrt und Gessittung oder Niedergang und Chaos.

Widerpruch Bayerns gegen Reichs-Presseverordnung

München, 24. August. Die bayerische Regierung hat an die Reichsregierung einen Widerspruch gegen die sogenannte Notverordnung des Reichspräsidenten, enthaltend Zwangsmassnahmen gegen die Presse gerichtet. Die bayerische Regierung erklärt, daß sie die Verordnung, die über den Kopf der Bundesstaaten hinweg gemacht worden sei, nur bedingt durchführen werde, soweit es im Rahmen der bayerischen Verfassung liege.

Neue Lohnerrhöhung

Berlin, 24. August. In den Verhandlungen des Reichsfinanzministers Hilferding mit den Vertretern der Arbeitervereinigungen wurde vereinbart, daß für die Woche vom 12. bis 19. August auf die Löhne der gegenwärtig laufenden Woche noch ein Zuschlag von 30 Prozent bezahlt wird. Außerdem sollen 10 Prozent des Lohnes der laufenden Woche am nächsten Dienstag, den 23. August, nachbezahlt werden. Der Lohn für die Zeit vom 26. August bis 1. September wird am 28. August vereinbart.

Vorrückung der Belegung

Frankfurt a. M., 24. August. Die Franzosen haben heute früh 8 Uhr die Zollgrenze bis über die Straße Jamburg—Schönhofen—Limburg hinausgeschoben. Sodas die ganze Straße von Höchst über Höchst nach Limburg jetzt ins besetzte Gebiet fällt. In den Eisenbahnbetrieben haben die Franzosen vorläufig noch nicht eingegriffen, doch ist am Bahnhof Staffel bereits ein Fahrplan angeschlagen, in dem die Einrichtung einer direkten Linie Limburg—Höchst angefündigt wird.

Bom Ruhrkrieg

Verstärkung der Verteilersperre

Düsseldorf, 24. August. Wegen eines angeblichen Sabotageversuchs ist die Wperrung in der Umgebung verlängert. 7 Führer der rechtsstehenden Parteien wurden ausgewiesen. Die allgemeine Verteilersperre gegen das unbesetzte Gebiet wird vom 25. August an durch Einführung neuer Pässe u. dergl. verschärft.

Französische Notensatzung

Düsseldorf, 24. August. Im besetzten Gebiet taucht gegenwärtig eine Unmenge falscher Geldscheine, vor allem 20 000 Markscheine auf, die durch ihr falsches Wasserzeichen (große dunkle Punkte) kennlich sind. Mit den Fälschungen verfolgen die Franzosen u. a. den Zweck, den Zerfall der Mark zu beschleunigen und für die „rhetinische Währung“ Stimmung zu machen.

Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Stuttgart, 24. August. Forderung der Landtagsberatung. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat die sofortige Einberufung des würt. Landtags zur Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände und zur Klärung der politischen Lage im Lande verlangt. Gegen verschiedene von der würt. Regierung getroffene Maßnahmen, insbesondere gegen den sog. Keinen Belagerungszustand und gegen die Rechtsprechung in politischen Prozessen wurde in einer Entschlüsselung Einspruch erhoben.

Stuttgart, 24. August. Vom Rathaus. Der Gemeinderat genehmigte aus der Stadtkasse einen niederrheinischen Kredit von 100 Milliarden Papiermark oder im Fall weiterer Geldentwertung von 100 000 Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln für Fürsorgebedürftige. Als solche kommen in Stuttgart in Betracht 6200 Sozialrentner, 300 Kleinrentner, 35 000 Kriegsbeschädigte, Kriegserwitwten, Waisen usw. Es wurde beschlossen, in die Verächtlung mit Familien mit mehr als 5 Kindern einzubeziehen. Die Schließung der Sozialrentnerunterkunft allein bringt für den Rest des laufenden Rechnungsjahres der Stadt eine Mehrbelastung von 570 Millionen Mark. Der Antrag, die Hundsteuer auf 3 Millionen für den ersten, 6 Millionen für den zweiten, 9 Millionen für den dritten Hund usw. zu erhöhen wurde vorläufig zurückgestellt. Die Nocherhöhung der Wohlfsteuer wurde auf 300 000 A. erhöht, da die kürzlich beschlossene Erhöhung von 40 000 Mark die Einzugehölten nicht decken hätte. Der Wallertag wurde von 66 000 auf 135 000 Mark für Zimmer und Monat erhöht.

In den Ruhestand. Oberbaurat Dr. Ganz bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist in den Ruhestand getreten. Die Stelle wurde dem Vorstand des Kulturbauamts Neustlingen, Oberbaurat Rieker, übertragen.

Industrieentwicklung. Für den Monat September hat das Reichsernährungsministerium 2 Pfund Zucker auf den Kopf der Bevölkerung freigegeben. Die Verteilung kann in den nächsten Tagen beginnen.

Wohlfahrtserhöhung. In den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Erzeuger und der Verbraucher im Hau der Landwirtschaft wurde ein Erzeugerpreis für Milch zu 120 000 A sowie 12 000 A Vertragszuschlag wie in Bayern festgestellt. Frei Kämpfe Stuttgart stellt sie sich somit bei den neuen Eisenbahnradialtrassen usw. auf 190 000 A. Das kommen die städtischen Kosten der Verbindung, Veranschlagung, Verteilung, des Materials sowie der Händlererlöse, sodas im Kleinvertrieb das Liter Milch auf 238 000 A zu liegen kommt. Dieser Preis gilt vom 28. August bis 1. September.

Spende. Durch Frau E. Dregfus aus Neunort wurden der Hilfssstelle für Vertriebene zwei Dollars (10 Milliarden Mark) übergeben.

100 000 Mark die Straßenbahnfahrt. Die Straßenbahn hat den Fahrpreis für die kleinste Strecke ab 25. August auf 100 000 Mark erhöht.

Abgelagter Verbandsrat. Die Haupttagung des würt. Verbands am 2. September in Stuttgart wurde wegen der Tenierung abgelagert.

Aus dem Lande

Krafftshausen, 24. August. Brand. Auf unentschuldig Weise entwand im Dachstuhl des Gasthauses zur Kohlhofener Feuer, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Im Dachstuhl ist beträchtlich.

Schingen, 24. August. Gefahreter Dieb. Einer der größten Lederfabrik wurden seit 14 Jahren Leder aller Sorten im Wert von 2 1/2 Milliarden Mark von einem dahlstädtischen Arbeiter entwendet, der das Leder verarbeitete und die fertigen Waren verkaufte. Der Dieb wurde nun ermittelt und ans Amtsgericht eingeliefert. Von der Behörde konnten noch Teile im Wert von ca. 250 Millionen Mark beigebracht und der Firma zurückgegeben werden.

Gelehrer vorzeitig fürzten zwei Arbeiter an einem Abend beim Abbauen des Bangerlöses ab. Einer erlitt einen linken Oberarmbruch, der andere wurde lebensgefährlich verletzt. Beide wurden sofort ins Krankenhaus überführt.

Bernhausen a. Jüder, 24. August. Unfall. Auf der Straße zwischen Bernhausen und Blenningen scheute die Pferde des Bauern Hr. Trautwein an einem Kraftwagen der Reichswehr. Ein Pferd wurde überfahren und brach beide Vorderfüße. Es mußte auf der Stelle getötet werden.

Laudenbach, O. A. Mergentheim, 24. August. Erwischt. Die Diebe, die in der Wirtschaft „Zur Sonne“ in Rendorf ein Pferd gestohlen haben, sind bei Rammheim samt den Köpfen erwischt worden. Es sind 12 Geuener.

Ohningen, 24. August. Diebstahl. Durch Einbruch stahlen der oft vorbestrafte Währliche Schreiner Adolf Kestl und der Währliche Händler Viktor Walter von hier in der Rehgeretl Audgaber Fleischwaren im Wert von vielen Millionen. Eine verlorene Zigarette führte auf die Spur der Ganer. Beide sind verhaftet. Das Fleisch ist größtenteils beigebracht.

Jweiffeln O. A. Easo, 24. August. Pachterlös. Die bleige Gemeindejaod wurde auf 3 Jahre neu verpachtet. Der leiberrige Pachtschilling betrug jährlich 50 Mark, ergibt wurden nun 70 Millionen. Der Ersteigerer ist ein Pforzheimrer Fabrikant.

Ceuffrich, 24. August. Städtisches Notgeld. Zur Behebung der Zahlungsmittelnot in Stadt und Bezirk wurde mit der Herstellung von Notgeld begonnen. Es werden Banknoten zu 100 000, 500 000, 1 Million und 5 Millionen Mark hergestellt.

In den nächstjährigen Wahlen. Da Württemberg für die kommenden Landtagswahlen in verschiedene Wahlbezirke eingeteilt ist, wobei jeweils mehrere Oberämter einem Bezirk bilden, ist es von Interesse, die Stärke der verschiedenen Parteien auf Grund der Landtagswahlen 1920 in den einzelnen Oberämtern zu betrachten. In 16 der 64 württembergischen Oberämter (einschließlich Stuttgarter Stadt) vereinigte damals die Zentrumspartei mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen auf sich und zwar waren dies die Bezirke Nord, Rottenburg, Spalchingen, Ellwangen, Gmünd,

Kautliche Bekanntmachungen.
Beiz. Mehl- und Brotpreise.
 Vom 27. August ds. Jz. ab werden die Mehl- und Brotpreise wie folgt festgesetzt:

Brotmehl
 Abgabe an Kleinbäcker . . . 1 000 000.— per Dtzr.
 Verbraucher . . . 12 500.— „ kg.

Brot
 1 Schwarzbrot zu 930 gr 68 000.
 Nagold, 23. August 1923. 469
 Oberamt: J. A. Obersefr. Bollmet.

Viehsteuermulage für das Jahr 1924.
 Durch Verfügung des Min. des Innern vom 16. August 1923, Staatsanzeiger Nr. 192, wurden die Viehsteuermulage für das Jahr 1924 wie folgt festgesetzt:

1. Beiträge sind zu entrichten:

- a) von jedem ein Jahr alten und älteren Pferd mit der Ausnahme unter c und jedem Maultier 100 000 A
- b) von jedem unter einem Jahr alten Pferd (Fohlen) 30 000 A
- c) von jedem einer kleinen Rasse angehörenden Pferd (unter 140 cm Stockmaß) jedem Weib und Maultier 25 000 A
- d) von jedem 3 Monate alten und älteren Stute Rindvieh 50 000 A
- e) von jedem unter 3 Monate alten Kalb 15 000 A
- f) von jeder Ziege 1 000 A

Für die Verpflichtung zur Leistung der Beiträge ist der Bestand der umlagepflichtigen Tiere maßgebend, der von den Gemeinden nach dem Stand vom 25. August 1923 an der Hand der Ortslisten der Viehzählung vom 1. Dezember 1922 festgestellt worden ist.

Die Gemeindebehörden werden angewiesen, die in der Min. Verfügung vom 16. Aug. ds. Jz. angeführten Bestimmungen genau einzuhalten.

Die erforderlichen Vorbrüche gehen den Gemeindebehörden, sobald sie hier eintreffen, zu. Es empfiehlt sich daher, den neuen Bestand in die alten Listen vom 1. Dez. 1922 mittels Fortschrift einzutragen und auf Grund dieser Einträge die neuen Verzeichnisse anzulegen.

Nagold, den 24. August 1923. 470
 Oberamt: J. W. Schneider, Hn. Kimmann.

Bankcommandite Horb
Carl Weil & Co.
 Horb a. N.
 Schillerstrasse 320.

Fernsprecher Nr. 78 und 189.
 Giro-Conto:
 Reichsbank - Nebenstelle Rottweil und
 Württembergische Notenbank Stuttgart
 Postcheckkonto Stuttgart Nr. 2267.

Annahme von Depositengeldern
 Verzinsung je nach Kündigs.-Frist

An- und Verkauf von Wertpapieren
 und fremder Geldsorten

Panzereinrichtung (Schranktücher
 unter Selbstverschluß der Mieter)

Fachmännische und billigste Besorgung
 aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten

Strengste Verschwiegenheit.

Unsere Sprech-Stunde findet
 an jedem Markttag im Gasthof
 zur „Post“ statt. 1018

Schulgesangbücher
 Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Bekanntmachung
 betreffend
Herausgabe von städt. Kassenscheinen.

Die stetig wachsende Geldmittelsknappheit und die vorläufige Ausichtslosigkeit einer Besserung hat die Stadtgemeinde mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zur Herausgabe von neuen Stadtkassenscheinen veranlaßt. Das in gefälliger Form herausgestellte Notgeld trägt die Unterschrift des Stadtvorstands, (vorerst in Original, bei späteren Scheinen in Faksimile) und die Originalunterschrift des Stadtpflegers, sowie in der Mitte das Siegel des Stadtschultheißenamts.

Die Herausgabe erfolgt in Wertien zu 100 000, 500 000, 1 Million und 5 Millionen.

Es wird dringend gebeten, das Geld in Zahlung zu nehmen. Die bisherigen Scheine behalten ihre Gültigkeit weiter. Das teilweise erfolgte Retieren der Scheine sollte unterbleiben.

Nagold, am 24. Aug. 1923. **Gemeinderat:**
 472 **Vorstand Rater.**

Bekanntmachung.
 Die Strompreise für August betragen:

für Licht: M. 350 000.— für 1 KWSL.
 „ Kraft: M. 280 000.—

Die Licht- und Kraftauschalen wurden um das 35fache der Julifäge erhöht.
 Die Zählermiete beträgt:
 für Lichtzähler M. 300 000.—
 „ Kraftzähler „ 600 000.—

Die Strompreise beruhen auf den heutigen Kohlenpreisen und wir sind deshalb gezwungen, den Einzug für August vom 27. ds. Mts. ab vorzunehmen, damit wir im Besitz der Stromgelder sind, ehe weitere Kohlenpreiserhöhungen, die in sichere Aussicht zu nehmen sind, eintreten. Wir richten an unsere Abnehmer die dringende Bitte, uns in unserem Bestreben, einen ungestörten Betrieb weiterzuführen und das Werk auf seiner wirtschaftlichen Höhe zu erhalten, dadurch zu unterstützen, daß die Stromgelder rasch bezahlt werden.

Sodann scheint das wilde Dreschen ausgiebig betrieben zu werden. Wir warnen die betreffenden Motorbesitzer, wir bitten aber die übrigen Abnehmer noch einmal dringend, solche Betrüger unachtsichtig zu melden, denn unsere Kontrollorgane sind leider nicht so zahlreich, wie es für diesen Zweck erforderlich wäre.

Station Teinach, den 24. Aug. 1923.
Gemeindeverband-Elektrizitätswerk
 Teinach-Station (G.E.T.) 474

Die
G. W. Zaiser'sche Buchhandlung
 Nagold
 liefert Ihnen

Wanderkarten und Reiseführer
 von der Alb, dem Schwarzwald, Bodensee, Rhein und dem Hochgebirge.

Gute Karten für Radfahrer und Automobile.
 Führt die Karten des Statistischen Landesamts in den Maßstäben 1:25 000, 1:50 000 u. 1:100 000.

Bäderkarten Reiseführer
 und Karten der ganzen Erde.

Von hiesiger Holzgroßhandlung wird
tüchtiger Vertreter gesucht,
 welcher bei Scherwerken im bodlischen und württembergischen Schwarzwald nachweislich gut eingeführt ist. Anzeigebote unter M. N. 8498 an Rudolf Mosse, München.

Für den Bezirk Nagold wird von gut eingeführter Feuer-Verf.-Ges.
jüng. Herr als Vertreter
 ges. Geeignet, nebenberuflich. Zeitgenährte Bezüge. Hilangebote unter Nr. 475 an die Bez. erbeiten.

Blaukreuzverein. Bezirksverein Nagold.
 Morgen Sonntag 26. Aug. nachm. 2 Uhr im großen Saal des Co. Vereinshauses 473
Konferenz.
 Redner: Sekt. Heilmann - Vorzeim.
 Jedermann ist herzlich eingeladen.

Nagold.
 468 **Löwenlichtspiele.**
 Samstag 8.15, Sonntag 2.30, 4.30, 8.15
Das Geheimnis der Osiris,
Opfer der Sklavin Naja,
 sowie originelles Lustspiel
 Karlehen wird eingeseift.

465 Sonntag 26. August 1923

große Hundeschau
 in Gändringen im Gasth. z. „Krone“.
 Große Auswahl reisender
Kinder-Wand-Friese
 bei G. W. Zaiser, Buchhandlg., Nagold.

Wohnungstausch.
 Gesucht:
 4-5 Zimmer u. Zubehör in Nagold.
 Geboten:
 4 Zimmerwohnung in Liebenzell.
 F. Lück, Bad Liebenzell.

Neuheit! Soeben eingetroffen:
Geschmackvolle, moderne
Stidmusterbogen für Rissen
 sowie viele neue Muster für
Kleider, Blusen
Bentel, Hutbänder.
 Zu haben bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Färberei
Büsing
 Stuttgart
 Chem. Waschanstalt.
 Saubere, billige und rasche Bedienung. 570

Annahmestelle:
 Nagold: Hermann Brintzinger.

Zur Anfertigung
 von
Verlobungskarten
Hochzeitskarten
Glückwunsch- und
Besuchs-Karten
 empfiehlt sich bestens
G. W. Zaiser'sche Buchdruckerei
 Fernruf 29. Nagold. Fernruf 29.

Polizei- und Schutzhunde - Dressurverein Nagold.
 Am Sonntag, den 26. h. M. nachm. 2 Uhr findet im Lokal (Wagen) eine

Versammlung
 statt.
 Vollständiges Erscheinen dringend notwendig.
 Ein zuverlässiger

Müller
 kann sofort eintreten bei
Müller Rauser, Nagold.
 Plakatches, ehe ich es
Mädchen
 gesucht z. Ehepart u. kl. Kind
 bei bestem möglichen Lohn.
 Fahrt u. Porto werden angerechnet.
 Fräulein Klett, Stuttgart, Hofenbergrasse 67.
 Haarschneid- u. Rasiermesser u. Scheren
 werden hier geschliffen von
Otto Kappler
 Messer- u. Stahlwurm
 NB. Rasierklappen werden mit Spezialmaschinen pünktlich geschliffen.

Färberei Büsing
 Stuttgart
 färbt u. reinigt schnell und gut.
 Annahmestelle:
 Frau Frida Stiefel
 Damenfrisierergesch., Nagold.

Streikt
 Ihr Magen? Nehmen Sie nur Dr. Soliman's wirksamsten
Pepsinwein.
 Depot:
 Drogerie Gebr. Benz Nagold u. Ebhausen.

Langholz
 gegen
 eine Kuh.
 Zug, Böllingen.
Hand-Datumsstempel
 liefert rasch u. preiswert
 Buchhandlung Zaiser Nagold.

Gottesdienftordnung.
 Evang. Gottesdienst am 26. Aug. (13. S. nach P.)
 Vorm. 10 Uhr Gottesd. (Diel. Gottesdienste für Töchter), ab 8 Uhr Schwanenstunde im Vereinshaus.
 St. Johannisfest Sonntag 26. Aug. 9 Uhr Gottesd. in der Methodengemeinde
 Sonntag vorm. 10 Uhr Gottesd. (3. Christ.) 9/11 Uhr Sonntagsschule, nachmittags 2 Uhr Kinder des Vereins (dieses Mal) und 1/2 Uhr Schulanfänger. Mittags 12 Uhr Gottesd. Sonntag ab. Gottesdienst in Hohenheim (H. G. S.)
 Kathol. Gottesdienst Sonntag 26. Aug. 1/2 Uhr Hochmesse, 9 Uhr Hochmesse, 1/2 Uhr Nachm.